

# Auswärtige zahlen mehr

## WWH und CDU im Gemeinderat Hemsbünde für eineinhalbfachen Gebührensatz

**HEMSBÜNDE** ■ Eltern aus Nachbardörfern, die ihre Kinder in Hemsbünde im Kindergarten oder der Krippe anmelden, werden künftig stärker zur Kasse gebeten als einheimische. Spätestens zum nächsten Kindergartenjahr 2013 zahlen auswärtige Eltern für die Betreuung ihrer Kinder den eineinhalbfachen Satz.

Das beschloss der Gemeinderat Hemsbünde mehrheitlich in einer doch ungewohnten neuen Abstimmungskonstellation aus einer Allianz von CDU und den Stimmen der WWH. Die SPD stimmte geschlossen dagegen, darunter auch Bürgermeister Manfred Struck (SPD). Der bezeichnete den CDU-Antrag als

„Schritt in die falsche Richtung“. Struck befürchtet jetzt dass Eltern von 14 auswärtigen Kindern, ihren Nachwuchs aus den Hemsbänder Kitas abmelden.

Auch in der Vergangenheit hatte die Gemeinde den eineinhalbfachen Satz genommen, aber unter der CDU-Mehrheit im Rat fiel der Passus während einer Kindergartensatzungsänderung unter den Tisch.

„Wir sind keine reiche Gemeinde. Die Kinderzahlen sind rückläufig und andere Dörfer haben ebenfalls ein gutes Angebot. Bei diversem Sanierungsbedarf und schmalem Haushalt haben wir auch andere Verpflichtungen. Kinder sind eine Aufgabe für die Gesell-

schaft, aber nicht die einzige“, begründete Jens Prigge (CDU) den Spagat zwischen Elternwunsch und den finanziellen Möglichkeiten. „Für die Betroffenen ist es nicht schön. Wir müssen aber allen Steuerzahlern gerecht werden. Unser Betreuungsteam macht ständig Überstunden.“

Ludger Brinker (CDU): „Wenn wir weniger Kinder betreuen, brauchen wir auch kein weiteres Personal. Vielleicht schaffen es die auswärtigen Eltern, dass ihre Kommunen die Betreuungskosten in Hemsbünde übernehmen“.

Carolin Muschter (WWH) bilanzierte: „Wir zahlen wir sehr viel für die Kinderbetreuung. In der Krippe be-

treuen wir viele Botheler Kinder. Dafür müssen wir eine dritte Kraft einstellen. Wir sind eine kleine Gemeinde und können nicht alles alleine leisten.“

Udo Philipp (SPD) fand: „Die Gefahr ist, doch das Eltern ihre Kinder abmelden.“

Barbara Frömming (SPD): „Es wird stets gesagt, Kinder und Bildung sind unsere Zukunft. Nun setzen wir eine Preisspirale in Gang. Leidtragende werden Kinder und Eltern sein. Dabei übernehmen Land und Kreis bereits einen Teil der Betreuungskosten. Wir begrenzen unsere Gemeinde durch eine hohe Gebührenmauer. Das ist echt kleinkariert und kontraproduktiv.“ ■ **woe**